

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

9.4.1929 (No. 82)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einfl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 20. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Pariser Konferenz

Verhandlungen der Gläubigerstaaten

Gegenwärtig sind die Gläubigerstaaten noch nicht so weit, sich über ihre Reparationsforderungen untereinander einig zu sein. Ihre Addition hat, wie gemeldet, eine sehr sinnlos hohe Summe ergeben, die selbst die Franzosen nicht glauben, sie der deutschen Seite auch nur als Ausgangspunkt für die Debatte zumuten zu können. Die Einigung unter den Gläubigervertretern auf eine vernünftige Gesamtsumme dürfte nicht ganz leicht sein, da es sich unter Umständen als nötig erweisen kann, den bisher gehandhabten Verteilungsschlüssel zu ändern.

WTB. London, 9. April. (Tel.) Bertinaz meldet dem „Daily Telegraph“ aus Paris: Den ganzen gestrigen Tag über waren die Sachverständigen Frankreichs, Englands, Belgiens und Italiens damit beschäftigt, die verschiedenen Ansprüche, die sie außer der Rückzahlung ihrer Leistungen an Amerika an Deutschland stellen, miteinander auszugleichen. Um zu vermeiden, daß die Gesamtsumme derartige Ziffern erreicht, wie sie Deutschland offenbar unmöglich aufgenötigt werden können, wird eine erste Verminderung der von allen Beteiligten gestellten Ansprüche vorgenommen. Bei einer solchen Arbeit muß es naturgemäß erhebliche Reibungen zwischen den beteiligten Delegationen geben. Gestern fand die Hauptverhandlung zwischen der französischen und der belgischen Delegation statt. Es kann erwartet werden, daß bei Verhandlung der Beratungen die Annuität, die zur Deckung der Ansprüche aller Gläubiger Deutschlands benötigt wird, etwas weniger als die Dawes-Annuität von 2 1/2 Milliarden Reichsmark betragen wird. Die Vereinbarung unter den Gläubigern wird wahrscheinlich nicht vor Ablauf von zwei Tagen erreicht werden.

WTB. Paris, 9. April. (Tel.) „Petit Parisien“ schreibt: Frankreich habe, nachdem es seine Forderungen auf Reparationen im eigentlichen Sinne um die Hälfte ermäßigt habe, zuglänglich angenommen, die übrigen Gläubiger diesem Beispiel folgen würden. Bis jetzt habe sich diese berechnete Hoffnung aber nicht erfüllt. Während Frankreich schon 60 Milliarden Franken geopfert habe, seien die Forderungen der anderen Alliierten sozusagen ungeschmälert geblieben. Wenn diese Situation andauere, bringe sie die Gefahr mit sich, alles in Frage zu stellen.

Einige Blätter greifen den amerikanischen Delegierten Owen D. Young, an, weil er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender nicht genügend Voraussicht gezeigt habe, denn er hätte verhindern müssen, daß ein Zustand eintrete, wie er jetzt vorhanden sei. „Debut“ geht sogar noch weiter und erklärt, die Amerikaner, die keinerlei Nachlässe an ihren Forderungen bewilligen wollten, seien für die Lage verantwortlich.

Ein Geisteskranker im französischen Finanzministerium

WTB. Paris, 9. April. (Tel.) Wie die Morgenpresse berichtet, erschien gestern nachmittag im Finanzministerium ein junger Mann, der den Ministerpräsidenten sprechen wollte. Als der Diener nach dem Zweck seines Besuchs fragte, antwortete er: Ich will Poincaré töten. Es handelt sich um einen geisteskranken Autobusfahrer, der in die Ableitung für Geisteskranke ins Gefängnis gebracht wurde.

Ein amerikanischer Berater der Kanting-Regierung

WTB. New York, 9. April. (Tel.) Die „Associated Press“ aus Shanghai meldet, ist der Korrespondent der „New York Herald Tribune“, Thomas Millard, von der Kanting-Regierung zum politischen Berater ernannt worden. Millard tritt am 1. Mai im Interesse der Kanting-Regierung eine halbjährige Reise nach den Vereinigten Staaten und Europa an.

Die mexikanischen Auffständigen auf dem Rückzug

WTB. Mexiko, 9. April. (Tel.) In der sechsten Woche des Aufstandes ziehen sich die Insurgenten auf der ganzen Linie in die unwirtlichen Teile des Staates Sonora zurück. Ihr Führer, Escobar, hat Juárez in Richtung auf das westliche Chihuahua mit sechs Truppentransportzügen und zahlreichen requirierten Automobilen verlassen.

WTB. Juárez, 9. April. (Tel.) (Reuter.) Trotz seiner scheinend unvermeidlichen Niederlage hat der Führer der mexikanischen Auffständigen in den Staaten Sonora und Chihuahua, General José Escobar, sich selbst zum vorläufigen Präsidenten proklamiert und erwägt die Ernennung eines Kabinetts.

Reichstag am 16. April. Reichstagspräsident Loh hat die nächste Reichstagsitzung nunmehr endgültig auf Dienstag, den 16. April, 15 Uhr, einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Abkommen mit fremden Staaten und internationale Abkommen sowie andere keine Vorlagen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat heute, Dienstag, im Reichstag zu Berlin von einer Sitzung zusammen, an der etwa 90 Mitglieder aus dem Reich teilnahmen. Die Sitzung befahte sich zunächst mit Fragen der Verfassungsreform.

Letzte Nachrichten

Neue Koalitionsschwierigkeiten

Sozialdemokratie und Panzerkreuzer

M. Berlin, 9. April. (Priv.-Tel.) In den Verhandlungen der fünf Parteien, die für die Große Koalition in Betracht kommen, ist bei den Staatsberatungen gestern ein Konflikt entstanden, der in politischen Kreisen außerordentlich ernst aufgefaßt wird. Die Sozialdemokraten erklärten nicht nur, daß sie keinesfalls für die zweite Rate des Panzerkreuzers stimmen würden, sondern auch, daß sie die Absicht hätten, selbst einen Antrag auf Streichung einzubringen. Dagegen wendeten sich die bürgerlichen Parteien.

Erschwerend fällt dabei ins Gewicht, daß der sozialdemokratische Parteitag anfangs Mai bevorsteht und ohnedies eine Auseinandersetzung in der Sozialdemokratischen Partei über das Wehrprogramm bringen wird. In politischen Kreisen betont man in erster Linie, daß es sich hier um eine grundsätzliche Frage handle. Eine Regierungspartei, die zudem den Kanzler stelle, könne unmöglich gegen Beschlüsse der übrigen Parteien handeln. Man darf aber wohl annehmen, daß im Lauf der Fraktionsberatungen, die am heutigen Dienstag beginnen, irgend ein Ausweg gefunden wird, auch wenn dies nicht schon für heute zu erwarten ist.

WTB. Berlin, 9. April. (Tel.) Im Reichstag halten heute alle für die Regierung zur Großen Koalition in Frage kommenden Fraktionen Sitzungen ab, um die heute abend beim Reichskanzler Müller stattfindende interfraktionelle Besprechung vorzubereiten. Die Demokraten und die Bayerische Volkspartei versammelten sich vormittags, die Sitzungen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei sind auf Nachmittag anberaumt.

Die gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den für die Große Koalition in Betracht kommenden Parteien hatten kein Ergebnis. Es soll nunmehr die Entscheidung in den heute begonnenen Beratungen der Fraktionen fallen, worauf die Parteiführer dem Kanzler Bericht erstatten werden.

Der Bulgarenkönig beim Reichspräsidenten

M. Berlin, 9. April (Priv.-Tel.) König Boris von Bulgarien stattete heute inoffiziell dem Reichspräsidenten einen Besuch ab und weilte eine halbe Stunde bei ihm. Hindenburg kann den Besuch nicht erwidern, da er sich noch große Schonung auflegen muß, und hat infolgedessen durch Staatssekretär Meißner seine Karte beim König abgeben lassen.

Der Zusammenbruch der Raiffeisen-Bank

Dr. Berlin, 9. April (Priv.-Tel.) Die „WZ“ veröffentlicht eine ausführliche Darstellung der Beziehungen der kürzlich aufgelösten Raiffeisen-Bank zu dem jetzt verfallenen russischen Emigranten Kraljeff, durch dessen Schwindel die Bank allein über 20 Millionen Reichsmark verloren haben soll. Die Geschäftsverbindung der Raiffeisen-Bank mit Kraljeff reicht, der „WZ“ zufolge, bis in das Jahr 1923 zurück. Kraljeff, der vorgeblich große Warenlager und sonstige Sicherheiten zu besitzen, die in Wirklichkeit entweder minderwertig waren oder von ihm im Laufe der Zeit veräußert wurden, vermachte von der Raiffeisen-Bank Darlehen zu erhalten, die sich anfangs 1925 bereits auf 10 Millionen Reichsmark beliefen. Das Vertrauen zu Kraljeff wurde auch dadurch nicht erschüttert, daß sich die von ihm vorgelegten Dokumente über eine angebliche Haftung der Pariser Sowjetbundesvertretung für seine Verbindlichkeiten als gefälscht herausstellten.

An Berliner unterrichteter Stelle war eine Befähigung dieser Meldung der „WZ“ noch nicht zu erlangen. Auch wird man zur Beurteilung des Falles die Ergebnisse der gegen Kraljeff eingeleiteten Untersuchung abwarten müssen.

Der neue Oberpräsident von Oberschlesien

WTB. Opatowitz, 9. April. (Tel.) Die Verabschiedung des bisherigen Oberpräsidenten von Oberschlesien, Dr. Proské, und die Einführung seines Nachfolgers, Dr. Lukaschek, vollzog sich heute vormittag um 11 Uhr im Großen Sitzungssaal der Regierung. Am Morgen war der preußische Innenminister Graf Haffner eingetroffen.

Minister Graf Haffner hielt eine Ansprache, in der er dem Oberpräsidenten Dr. Proské, der nach mehr als 5 1/2-jähriger erfolgreicher Tätigkeit auf eigenen Wunsch ausscheidet, um seine Kräfte an anderer Stelle dem Staate zu widmen, den Dank der Staatsregierung überbrachte. Als Nachfolger sei nun ein Mann gekommen, der neben hervorragender sachlicher Eignung auch die innere Verbundenheit mit Oberschlesien habe. Dr. Lukaschek habe als Landrat, als Vertreter Deutschlands in der Gemischten Kommission und als Oberbürgermeister von Hindenburg bewiesen, daß er nicht nur als Verwaltungsbeamter unter den schwierigsten Verhältnissen seinen Mann zu stehen in der Lage sei, sondern gerade für die ober-schlesischen Verhältnisse ein warmes Herz und besonderes Verständnis habe.

Luftangriff in Nicaragua

WTB. London, 9. April (Tel.) Wie Reuter aus Tegucigalpa in Honduras meldet, sollen amerikanische Flugzeuge die im Aufstandsgebiet von Nicaragua gelegene Stadt Las Vistas bombardiert und zum größten Teil zerstört haben. Der Fall wird von den Behörden geprüft.

Zum Abschluß des deutsch-schweizerischen Vertrages

Seine Bedeutung für Baden

WTB. Durch den bereits gemeldeten Abschluß des deutsch-schweizerischen Vertrags über die Regulierung des Rheins zwischen Straßburg/Kehl und Rheinfelden und die damit zusammenhängende Förderung der Kanalisierung der Rheinstrecke zwischen Basel und dem Bodensee einschließlich der bedeutungsvollen Kraftgewinnung daselbst sind die langjährigen Verhandlungen über große wasserwirtschaftliche Probleme am Oberrhein zu einem gewissen Abschluß gebracht worden. Schifffahrt und Kraftwirtschaft am Rhein wissen nun, womit sie rechnen können, und diese Klarheit wird ohne Zweifel zur wirtschaftlichen Entwicklung, namentlich am Oberrhein, beitragen.

Die früheren deutschen Pläne, den Oberrhein aufwärts von Straßburg zu kanalisieren und zur Kraftgewinnung heranzuziehen, sind bekanntlich durch den Versailler Vertrag vernichtet worden; denn Frankreich sprach sich allein das Recht der Kraftnutzung am Rhein aufwärts der schweizerisch-badischen Grenze zu. Gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrags waren sogar geeignet die bisherige gemeinsame von Baden und der Schweiz betriebene Ausbeutung des Rheins zur Kraftgewinnung oberhalb Basel zu unserm Nachteil ernstlich zu stören. Frankreich hat sich den Entwurf eines Seitenkanals durch die Zentralkommission für die Rheinschifffahrt genehmigen lassen, dessen Gesamtausführung nach dem Urteil der Schifffahrtssachverständigen eine wirtschaftliche Schifffahrt kaum gestatten und der badischen Rheinebene unerhörten Schäden zufügen würde.

Diese aus dem Kriegsausgang hervorgegangenen Verhältnisse machten eine Verständigung zwischen Deutschland und der Schweiz zur unmittelbaren Vermeidung der beiden Ländern drohenden Nachteile erforderlich, wobei Deutschland allerdings durch die Bindungen des Versailler Vertrags in einer wenig günstigen Lage war. Deutschland hat daher die von der Schweiz erstrebte Regulierung der Strecke Straßburg/Kehl—Rheinfelden angenommen, nachdem die eingehende Prüfung der technischen Verhältnisse ergeben hatte, daß damit eine gute Wasserstraße geschaffen werden kann, welche dem französischen Seitenkanal sehr überlegen ist. Auf der anderen Seite wird die Schweiz 60 v. H. der zu 50 Mill. Reichsmark berechneten Baukosten übernehmen, während Deutschland 40 Proz. tragen will. Diese Kostenverteilung ergibt sich aus dem Verhältnis des Nutzens, den beide Länder von dem Unternehmen erwarten; vorläufig ist der Vorteil der Schweiz jedenfalls größer als derjenige Deutschlands.

Andererseits bildet die Regulierung der Strecke Straßburg—Rheinfelden die Voraussetzung für die spätere Schiffbarmachung des Rheins von Basel bis zum Bodensee und auch bis zu einem gewissen Grad einer raschen Entwicklung der Kraftwerke am Oberrhein, die gewisse Industrien benötigen, welche ihrerseits nur, wenn sie an einer Wasserstraße liegen, lebensfähig sind.

Schifffahrt, Kraftwirtschaft und industrielle Entwicklung am Oberrhein werden es daher begrüßen, daß die Schweiz und Deutschland in dem Vertrag auch ein klares Bekenntnis zur künftigen Ausführung des Großschiffahrtsweges von Basel bis zum Bodensee abgelegt haben, sobald dieses Unternehmen wirtschaftlich möglich erscheint.

Schon jetzt wollen sie die Entstehung dieses Großschiffahrtsweges vorbereiten, indem die Schweiz und Baden die Konzessionen für die noch ausstehenden Kraftwerke nach den bisherigen Grundrissen gemeinsam erteilen und möglichst beschleunigen. Dabei sollen die im Interesse der Großschiffahrt nötigen Auflagen gemacht werden. Die Ausführung der Kraftwerke soll erleichtert werden, insbesondere durch entgegenkommende Erteilung der Ausführungsbewilligung für schweizerische Kraftanteile nach Deutschland, weil hieron die Erstellung einzelner Kraftwerke abhängt.

Der Vertrag sichert also die Herstellung einer leistungsfähigen Großschiffahrtstrasse zunächst von Straßburg bis Rheinfelden innerhalb eines Zeitraums von 8 bis 10 Jahren durch Regulierung. Daran schließt sich der französische Kehlener Schiffahrtstrasse und Kraftkanal, der im Bau ist. Von Basel aufwärts bis zum Bodensee ist der Ausbau zunächst der Kraftwerke im Gange und wird durch die getroffenen Abmachungen ohne Zweifel beschleunigt. Der Ausbau zur Schifffahrtstrasse durch Anlage von Schleusen bildet den Schlußstein, worüber später von der Schweiz mit Baden ein Sondervertrag abgeschlossen werden soll.

Die Rheinschifffahrt, deren Schiffspart bekanntlich mehr leisten könnte, wird sich über die Aussicht, daß die Wasserstraße schon in naher Zeit eine wesentliche Verlängerung erfährt, freuen. Neue Beschäftigungsmöglichkeiten am Oberrhein tun sich auf. Die Regulierung wird innerhalb 10 Jahren insgesamt 50 Millionen Reichsmark erfordern, wovon 30 Millionen von der Schweiz und 20 Millionen vom Reich aufgebracht werden.

den — haben hat keinen Beitrag zu leisten —; diese Beiträge werden zum größten Teil badischen Arbeitern zugute kommen. Am Oberrhein wird sich der Ausbau der Kraftwerke neu beleben und die erweiterten Erwerbsmöglichkeiten in jener Gegend und darüber hinaus verbessern.

So darf denn der deutsch-schweizerische Vertrag auch eine erhebliche wirtschaftspolitische Bedeutung für Baden und die rheinische Wirtschaft beanspruchen.

Die Krise in Polen

Eine halbfaschistische Regierung?

Marshall Piłsudski hat in den Warschauer Regierungsblättern einen mit schwersten Angriffen und Beschimpfungen gegen das polnische Parlament, den „Sejm“, erfüllten Artikel veröffentlicht. Er spricht darin von Papuas und Affen und greift zu noch größeren Ausdrücken, welche man sich scheuen muß, auch nur mit den Anfangsbuchstaben wiederzugeben.

Warschau, 9. April. (Tel.) Der Artikel Marshall Piłsudskis hat die innerpolitische Lage Polens bedeutend verschärft. Das regierungsfreundliche Blatt „Kurjer Poranny“ macht Stimmung für ein Kabinett Switalski. Dr. Casimir Switalski gilt als Exponent der parlamentarfeindlichen und halbfaschistischen, sogenannten Obersten-Gruppe. In den Wahlen des Sejms verbreitete Gerüchte wollten aber wissen, daß sich der Staatspräsident Piłsudski gegen eine Regierung Switalski ausgesprochen habe. Als Handelsminister empfiehlt das gleiche Blatt General Goredki, als Innenminister General Sklabawski und als Minister für soziale Fürsorge Oberst Kollonczay bzw. den Chef des Kabinetts des Marschalls Piłsudski, Oberst Prystor. Marshall Piłsudski würde als Kriegsminister, Jaleski und Gar als Außenminister bzw. als Justizminister in einem solchen Kabinett verbleiben. „Kurjer Poranny“ behauptet sogar, daß Dr. Switalski bereits die Mission erhalten habe, eine Regierung zu bilden.

Löhne und Reparationen

Aber die Lohnfrage der Reichsarbeiter haben am Montag im Reichsfinanzministerium in Gegenwart des Reichsfinanzministers Besprechungen mit Vertretern der am Tarifvertrag beteiligten Organisationen stattgefunden. Das Reichsfinanzministerium hat dabei laut „Vorwärts“ den Standpunkt vertreten, daß es aus staatspolitischen Gründen angebracht erscheine, die Lohnverhandlungen bis nach Abschluß der Reparationsverhandlungen zu verschieben. Trotz dieses grundsätzlichen Standpunktes hat sich das Reichsfinanzministerium jedoch bereit erklärt, die Lohnverhandlungen am Freitag, den 12. April, erneut aufzunehmen. Die in Betracht kommenden Organisationen haben im Anschluß an die Besprechung mit dem Minister zu der Lage Stellung genommen. Sie teilen den vom Reichsfinanzminister eingenommenen Standpunkt nicht, behalten sich aber vor, ihre weitere Stellungnahme von dem Ergebnis der für Freitag angeetzten Verhandlungen abhängig zu machen.

Der württembergische Staatshaushalt

Das Plenum des württembergischen Landtags wird am Dienstag, den 16. April, wieder zusammentreten und dann sofort mit der Generaldebatte zum Etat beginnen. Der dem württembergischen Landtag zugegangene Haushalt für 1929 zeigt folgende Abschlußziffern: Gesamtausgaben 257 337 664 M., Gesamteinnahmen 247 434 413 M. Der ungedeckte Fehlbetrag ist somit 9 903 251 M. Er soll aus Vertriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse vorgeschossen werden, soweit er nicht aus dem wirklichen Eingang der Einnahmen gedeckt werden kann. In den Erläuterungen zum Staatshaushaltsplan wird der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die wohl begründeten Ansprüche Württembergs aus der Abtretung von Post und Eisenbahn an das Reich nach der Anrufung des Staatsgerichtshofes endlich verwirklicht werden und daß dadurch wenigstens die Deckung eines Teiles des Fehlbetrages eintritt. Als einmalige Einnahme war noch ein Nettvermögensbestandteil von 7 786 288 Reichsmark greifbar.

In Stuttgart fanden am Sonntag ein Landesparteitag der Deutschen Volkspartei und eine Landesausführung der Deutschen Demokratischen Partei statt. Auf beiden Tagungen wurde die Notwendigkeit der Umbildung der württembergischen Regierung besprochen. In einer volksparteilichen Entschließung heißt es: Die Umbildung der jetzigen Minderheitsregierung durch die Verdrängerung ihrer Basis nach links bis zu den Demokraten ist dringend geboten.

Der Landesausführung der Demokraten hält ebenfalls eine beschleunigte Umbildung der Regierung für dringend geboten und erwartet, daß sie im Sinne der Großen Koalition vor sich geht. Das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei wurde in der Aussprache allgemein begrüßt.

Fünf Monate Gefängnis mit Strafaufsicht für Langlopp

Der ehemalige Farmer Langlopp wurde vom Berliner Gericht wegen des Anschlages auf den Vizepräsidenten des Reichsentschädigungsamtes, Geheimrat Wach, zu fünf Monaten Gefängnis und 50 M. Geldstrafe verurteilt. Der mitangeklagte Kaufmann Loof wurde freigesprochen. Langlopp wurden drei Jahre Bewährungsfrist zugebilligt.

Langlopp hat — so schreibt die „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel — milde Richter gefunden. Der kriminelle Tatbestand hat im Verlauf des Prozesses nur eine untergeordnete Rolle gespielt, schon deshalb, weil sich die Verteidigung bemühte, die Tat Langlopps als einen typischen Verzweiflungsausbruch eines um sein Recht kämpfenden, durch den Krieg und die Nachkriegsgesetzgebung enteigneten Patrioten zu erklären. Das Bild, das man im Laufe der Verhandlung von Langlopp erhielt, bestätigte diese These nur zum Teil. Die geistige Verfassung, mit der der Angeklagte vor die Richter trat, war doch die eines verblödeten Fanatikers, der sich in der heutigen Welt nicht mehr zurechtfindet, der sich aber auch gar nicht darauf einstellen will, eines Mannes, der alles überhaupt nur noch durch die Brille seiner Mediansprüche betrachtet und schließlich so von seiner Märtyrerverleugung überzeugt ist, daß er für die Schranken des Gesetzes überhaupt keinen Blick mehr hat. Wie viele seiner Leidensgenossen, scheint Langlopp der völkischen Propaganda zum Opfer gefallen zu sein, die sich von Anfang an bemühte, den Haumut der geschädigten Auslands- und Kolonialdeutschen für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen. Die in der Arbeitsgemeinschaft der Interessenverbände vereinigten Organisationen, die jahrelang an vorderster Stelle den Kampf geführt haben, können selbst ein Lied davon singen, wie sehr ihnen der unüberlegte Nationalismus, einzelner Gruppen bei ihrer mühseligen Arbeit geschadet hat. Schließlich war doch bei der finanziellen Lage des Reiches eine hundertprozentige Schadloshaltung für alle Geschädigten ebensowenig zu erreichen wie für die zahllosen Opfer der Inflation und des Krieges selbst.

Das Verhältnis der Reichsbahn zum Kraftwagenverkehr

Aus den Verhandlungen des Landeseisenbahnrats Karlsruhe

Im In der letzten Sitzung des Landeseisenbahnrats Karlsruhe am 3. April 1929 wurde das Verhältnis der Reichsbahn zum Kraftwagenverkehr erörtert. Anlaß dazu gaben folgende Ausführungen im Jahresbericht der Handelskammer Mannheim für 1928: „Die Reichsbahn versucht durch ihre Kraftwagenausnahmetarife, die auf den Lastwagen abgewanderten Güter auf den Schienenweg zurückzugewinnen. Handel und Industrie sollten den Werbungen der Reichsbahn keine Folge leisten, weil mit der Ausschaltung des freien Transportgewerbes die Monopolstellung der Reichsbahn verstärkt wird. Auch die Benützung des Eisenbahnkraftwagenverkehrs seitens Handel und Industrie bedeutet eine Unterstützung der Betätigung der öffentlichen Hand und liegt zweifellos nicht im Interesse der freien Wirtschaft.“

In der Besprechung wurde zunächst festgestellt, daß es sich hier nur um die Äußerung eines einzelnen Erwerbszweiges — Schifffahrt und Spedition — handelt, nicht aber um die Meinung der Handelskammer.

Der Präsident der Reichsbahndirektion, Herr von Ull, führte aus, daß er nicht der Meinung sei, daß die angeführte Äußerung im Jahresbericht der Handelskammer die Verkehrsträger bestimmen werde, ihre Güter der Reichsbahn zu entziehen. Er glaube vielmehr, daß die gesunde, kaufmännische Überlegung den Ausschlag geben und den Verkehrsträger bestimmen werde, seine Güter dem Verkehrsunternehmen anzuvertrauen, das ihm im Einzelfall die günstigsten Bedingungen biete. Sine gegen den Verkehr die Bemerkung, daß eine Unterstützung der Betätigung der öffentlichen Hand, womit hier die Reichsbahn gemeint sei, nicht im Interesse der freien Wirtschaft liege, zu einer kurzen Betrachtung über die Stellung der Reichsbahn gegenüber der Wirtschaft und im besonderen über die Lage, die durch den Wettbewerb des Kraftwagens geschaffen worden sei.

Nach vorsichtiger Schätzung entgingen der Reichsbahn durch diesen Wettbewerb zur Zeit etwa 250 Millionen Reichsmark. Dieser Ausfall dürfte sich, wenn die Entwicklung des Kraftwagenverkehrs in dem bisherigen Tempo fortginge, schon in wenigen Jahren verdoppeln. Der Reichsbahn liege es fern, sich grundsätzlich einem Fortschritt, wie ihn der Kraftwagen in manchen Verkehrsbeziehungen tatsächlich bedeute, entgegenzusetzen. Bei Betrachtung der ganzen Frage müsse man sich aber die Konsequenzen vor Augen halten, die eine allmähliche Minderung der Einnahmen der Reichsbahn mit Notwendigkeit nach sich ziehen müsse. Die erste Konsequenz, die Tarifserhöhung im vergangenen Jahre, sei schon eingetreten. Sie wäre nicht nötig gewesen, wenn die Reichsbahn den durch den Kraftwagen verursachten Einnahmeausfall von 250 Millionen nicht gehabt hätte. Auf die Dauer könne die Reichsbahn für ihre geminderten Einnahmen durch derartige prozentuale Tarifserhöhungen einen Ausgleich nicht schaffen. Er fürchte vielmehr, daß das ganze System unseres Güterverkehrs eines Tages ins Wanken geraten und gezwungen werden würde, eine Neuordnung Platz machen müsse, die den Interessen der deutschen Wirtschaft, als Ganzes betrachtet, nicht mehr in dem Maße dienen könne, wie es das heutige Tarifsystem durch Staffelung der Tarife nach den Entfernungen und durch billige Beförderung der geringwertigen und Massengüter tue. Der Kraftwagen habe sich der hochwertigen Güter bemächtigt. Hier könne er die Tarife der Reichsbahn unterbieten, weil die Eisenbahnfracht für diese Güter verhältnismäßig hoch sei, damit die Fracht für die geringwertigen Güter niedergehalten werden könne. Die Einnahmen aus dem Stückgut und den beiden höchsten unter den sieben Wagenladungsklassen des Normaltarifs betrügen, obwohl sie nur 18 Proz. der gesamten Transportmenge umfassen, mehr als 50 Proz. der Gesamteinnahme aus dem Güterverkehr. Daraus gehe hervor, daß, wenn der Reichsbahn auch nur ein kleiner Teil der hochwertigen Transporte genommen werde, die Frachten in den niederen Klassen für Rohstoffe und Massengüter ganz bedeutend erhöht werden müßten. Verschärft werde die Lage noch dadurch, daß rund 70 Proz. der hochwertigen Güter auf Entfernungen bis zu 200 Kilometer gefahren würden, die dem Wettbewerb des Kraftwagens besonders ausgesetzt seien.

Die Reichsbahn könne angesichts der auf ihr ruhenden Lasten eine Minderung ihrer Einnahme auf die Dauer nicht ertragen. Die festen Ausgaben betrügen mehr als 70 Proz. der Gesamtausgaben. Wenn die zur Ausgabenbedeckung erforderlichen Einnahmen nicht mehr erreicht würden, müsse das Reich, d. h. die deutsche Wirtschaft, den Fehlbetrag übernehmen. Entziehe der Kraftwagen der Reichsbahn einen Teil ihres Verkehrs, so möge das für den einzelnen Unternehmer und für einzelne Teile der Wirtschaft vorteilhaft sein. Aber die Jechte werde die deutsche Wirtschaft in ihrer Gesamtheit in Form von Tarifserhöhungen zu zahlen haben.

Der Wettbewerb zwischen Kraftwagen und Eisenbahn spiele sich auf ganz ungleichen Grundlagen ab. Der Kraftwagen habe nicht, wie die Eisenbahn, eine Beförderungspflicht. Die von der Reichsbahn zu tragende Verkehrssteuer sei, auf die Einheit bezogen, 9 bis 20 mal so groß wie die Umsatzerlöse des Kraftwagenverkehrs. Die Belastung der Reichsbahn durch Reparationszahlungen sei, auf das Vermögen bezogen, 3,8 mal so groß wie die des Kraftwagens. Die Kraftwagenverkehr bringe nur ein Drittel der Kosten für Unterhaltung und Ausbau der Wege auf, die der Kraftwagen benötige, während die Eisenbahn ihre Strecken allein unterhalten müsse. Die Reichsbahn habe für die Überwachung und Sicherung ihrer Anlagen und des Betriebs auf den Abgängen selbst zu sorgen. Die Kosten für die Sicherheit des Kraftwagenverkehrs, insbesondere die hohen Kosten, die die Verkehrspolizei verursache, würden dagegen von den Ländern, Kommunalverbänden und Gemeinden getragen. Auch die Datspflicht der Reichsbahn sei erheblich schärfer als diejenige, die das Gesetz dem Kraftwagen auferlege. Die Reichsbahn könne diese ungleiche Behandlung gegenüber dem Kraftwagen nicht ohne die erste Wahrung annehmen, daß eine solche Politik schließlich zu weiteren Tarifserhöhungen und zur Auslöschung des ganzen auf die Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft zugeschnittenen Tarifsystems führen müsse. Die Kosten aber werde die Allgemeinheit zu tragen haben.

Von dem Vertreter der Handelskammer Mannheim wurde erklärt, daß die Handelskammer in der Frage des Verhältnisses der Eisenbahn zum Kraftwagen keine Stellung gegen die Reichsbahn nehme. Gegen die K-Tarife würden im allgemeinen keine Einwendungen erhoben, wenn auch im einzelnen gewisse Bedenken beständen.

Von einer Seite wurde auf die Bevorzugung der Seehäfen durch die Seehafentarife und die dadurch hervorgerufene Be-

einträchtigung der Belange des Transportgewerbes hingewiesen.

Bei der Beratung des Jahresfahrplans wurden die vorgeschlagenen Verbesserungen allgemein anerkannt. Eine Reihe noch bestehender Wünsche wurde eingehend erörtert.

Auf Wunsch des Landeseisenbahnrats wird die Reichsbahndirektion die Fahrplänebesprechungen mit den Handelskammern künftig möglichst bald nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der Europäischen Fahrplankonferenz abhalten.

Dem Verlangen nach Vertretung Badens im Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft gab der Landeseisenbahnrat durch folgende Entschließung Ausdruck:

Der Landeseisenbahnrat richtet an die Reichsregierung den dringenden Wunsch, daß das Land Baden mit aller Beschleunigung einen Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn erhält.

Ein Schweizerisches Großkraftwerk

Gegenwärtig befindet sich an der Grimsel (Schweiz), die das Wallis mit dem Aaretal verbindet, ein elektrisches Großkraftwerk im Bau, das nach seinem vollständigen Ausbau 360 000 PS liefern und damit das mächtigste europäische Kraftwerk sein wird. Die verschiedenen Bauten, wie Staubecken, Druckleitungen, Unterwerke usw., werden sich über 20 Kilometer ausdehnen, wobei das in mehrere Stufen geteilte Gefälle über 1200 Meter beträgt.

Der Bau des Grimselwerkes erfordert großzügige Konstruktionen, wie z. B. eine Staumauer von 118 Meter Höhe und 68 Meter Bahndurchmesser, welche das Aaretal unweit des Grimselsees sperrt und einen künstlichen Staubeen von ungefähr 5 Kilometer Länge bilden wird. Diese Beton-Staumauer übertrifft an Höhe sowohl, wie auch an Inhalt (340 000 m³) alle ähnlichen Werke in Europa. Die Arbeiten beanspruchen 12 Monate, werden sich aber über mehr als vier Jahre hinziehen, da die meteorologischen Bedingungen in dieser Höhe eine jährliche Arbeitsdauer von nur drei Monaten ermöglichen.

Kurze Nachrichten

Der Direktor von Wolffs Telegraphenbüro, Dr. jur. Heinrich Mantler, sieht am heutigen 9. April auf eine 40jährige Zugehörigkeit zu diesem Unternehmen zurück, an dessen Spitze er seit 38 Jahren steht. Der Reichspresseschef, Ministerialdirektor Dr. Jochim, hat dem Direktor Dr. Mantler die herzlichsten Glückwünsche ausgesprochen und gleichzeitig die Verdienste des Jubilars um die Entwicklung des internationalen Nachrichtenwesens gewürdigt.

Die Reichsbahn belohnt Erfindungen und Verbesserungen. Bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft wird seit längerer Zeit der Brauch geübt, Beamte und Arbeiter, die nützliche Erfindungen und Verbesserungen auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gemacht haben, durch Geldprämien zu belohnen. Wie aus der Betriebsabrechnung für 1928 hervorgeht, sind im vergangenen Jahre rund 98 000 M für diese Zwecke zur Auszahlung gekommen.

Eine Anleihe für die Deutsche Luftflotte? Wie der Berliner „Volks-Anz.“ mitteilen zu können glaubt, wird im Reichskabinett erwogen, der Deutschen Luftflotte anheimzugeben, die infolge der starken Abstriche am Etat des Reichsverkehrsministeriums fehlenden Mittel zum Betriebe der internationalen Linien für das laufende Jahr durch Aufnahme einer vom Reiche garantierten Anleihe aufzubringen.

Württemberg und der Luftschiffbau Zeppelin. Im württembergischen Staatsministerium erklärte in einer Pressebesprechung Ministerialrat Bäuerle, daß, wenn tatsächlich die 4½ Millionen Reichsmittel für den Luftschiffbau Friedrichshafen getrichen werden sollten (wie es geplant ist), es auch für Württemberg zwecklos sei, Landesmittel für die Erbauung der Luftschiffhalle in Friedrichshafen bereitzustellen.

Die ober-schlesischen Städte Reuthen, Sindenburg und Gleiwitz haben beschloßen, zur Durchführung der ober-schlesischen „Drei-Städte-Einheit“ einen aus den Bauäuten der drei Städte bestehenden Arbeitsausschuß einzusetzen. Wahrscheinlich wird es, ähnlich wie im Ruhrgebiet, zur Gründung eines Zweckverbandes kommen. Es sind aber sogar Bestrebungen im Gange, die drei ober-schlesischen Industriestädte zu einer einzigen zu verschmelzen, die den Namen „Eisenborst“ tragen soll.

Die deutsche Sprache in Südwestafrika. Nach einer Londoner Meldung haben die Deutschen Südwestafrikas verlangt, daß ihre Sprache als amtliche Sprache anerkannt und mit der englischen und afrikanischen Sprache in der Schule gleichgestellt werde. Bei den nationalistischen Afrikanern stoße dieses Verlangen jedoch auf Widerstand.

Die belgische Besatzung von Aachen. In Aachen fand am Anlaß des Namenstages des Königs eine belgische Truppenparade statt. Der Bezirk zählt noch 7270 belgische Soldaten und mehrere hundert Mann Genarmen.

Freilassung verhafteter Intellektueller in Spanien. Der in Madrid wegen Kritikierung der gegenwärtigen politischen Lage in Spanien am Samstag verhaftete Schriftsteller Ramon de Valle-Inclan ist ebenso wie ein am Freitag wegen Propaganda gegen die Regierung verhafteter Rechtsanwalt wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Sinclair muß seine Gefängnisstrafe antreten. Der Oberste Gerichtshof in Washington hat die Verurteilung des Petroleummagnaten Sinclair gegen seine Verurteilung zu 3 Monaten Gefängnis verworfen. Sinclair hatte sich seinerzeit bei der Untersuchung des Teapot-Dome-Skandals durch den Petroleumauschuß des Senats geweigert, mehrere an ihn gerichtete Fragen zu beantworten und war dafür wegen Ungehorsams vor Gericht zu der erwähnten Strafe verurteilt worden.

Aleine Chronik

In Berlin wurde der 12jährige Sohn eines Kraftwagenführers an einem Weichpunkt hängend leblos aufgefunden. Er wird angenommen, daß der Junge in Abwesenheit der Mutter nach Kienbart „Erhängen“ gespielt hat, wobei sich die Seilung um seine Hals so fest zugezogen hat, daß er sich nicht mehr befreien konnte und hilflos erstickte.

An der Wiederherstellung der „Europa“ wird jetzt auf der Hamburger Werft von Blohm & Voß wieder umfassend gearbeitet. Die erste Probefahrt wird wohl erst im März 1930 stattfinden können.

Bei dem Bergwerksunglück auf dem Silberbrunnenschacht bei Neuborf (Oberschlesien) wurden 3 Arbeiter getötet. In Budapest erlitt der Internist und Direktor der Universitätsklinik, Prof. Rudolf Balint, in seiner Wohnung infolge Kehltopfobers einen Erstickungsanfall. Der bei ihm weilende Privatdozent und Halspezialist Dr. Pollatiched operierte den Erstickenden in überaus großer Geistesgegenwart mit seinem Taschenmesser und legte dann eine Notkanüle ein. Balint ist gerettet.

Aus Guayaquil (Ecuador) wird gemeldet, daß auf der Straße Rio Yamba—Guano ein Autabus einen Abhang hinunterstürzte, wobei 16 Personen ums Leben kamen.

Badischer Teil

Zum Tode von Carl Benz

Den Bericht über die Beisetzungsfeierlichkeiten in Ladenburg ist noch anzufügen, daß an diesen als Vertreter der Technischen Hochschule Karlsruhe, Professor Dr. Rehner, teilnahm. Er wies in seinen Abschiedsworten darauf hin, daß Dr. Benz bereits vor Jahren die höchste Würde der Hochschule, den Ehrendokortitel, erhalten habe. Er habe dazu beigetragen, das Ansehen der deutschen Industrie überall zu heben. Das Verkehrsnetz der ganzen Welt sei durch Dr. Benz' Erfindung neu belebt worden.

Auch die Stadt Forzheim nahm durch eine Trauerkundgebung Anteil an dem Gedenken des großen Erfinders, ist doch dessen Witwe eine Forzheimerin. Sie heißt mit ihrem Mädchennamen Berta Ringer. Sie ist am 3. Mai 1849 in Forzheim als Tochter des Zimmermeisters Karl Ringer in der Springer Straße geboren und kann also demnach ihren 80. Geburtstag feiern. Carl Benz erwähnte gerne, daß ihm seine Gemahlin in seiner oft schweren Lebensarbeit tatkräftig unterstützt und ihn, wenn ihm einmal der Mut gesunken sei, wieder aufgerichtet habe. Ihr Schwager, Altkämmerer Hübner in Forzheim, hat feierlich auch mit Carl Benz die erste Automobilfahrt von Mannheim nach Forzheim gemacht, die — man wird heute darüber staunen — drei Tage dauerte.

Die Reichsausgabe der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten und Verwaltungen

Für das Jahr 1928 wird voraussichtlich im Laufe des Monats August 1929 gedruckt vorliegen. Da auch in diesem Jahre in dem Reichshaushalt ein Zuschuß zur Verabfolgung der Kosten vorgesehen ist, wird die Ausgabe — in drei Gangstafeln gebunden — bei endgültiger Bewilligung dieses Zuschusses voraussichtlich wiederum nur 15 M. kosten.

Um die Höhe der Auflage zu bestimmen, müssen Bestellungen möglichst umgehend dem Reichsarbeitsministerium (Abteilung IIIa) in Berlin NW 40, Scharnhorststraße 35, unter genauer Angabe der Stückzahl (gebunden oder geheftet) zugehen. Die Kosten werden bei Übersendung durch Nachnahme erhoben. Spätere Bestellungen können nur nach Maßgabe des vorhandenen Vorrats berücksichtigt werden.

In den Jahresberichten 1928 werden neben einer allgemeinen Übersicht über Zu- und Abnahme der Zahl der gewerblichen Betriebe und der Zahl der beschäftigten Arbeiter, neben den allgemeinen Berichten über Arbeiterchancen, Betriebsunfälle, gesundheitliche Maßnahmen, Wohlfahrtspflege u. dgl. als Sonderfragen behandelt:

- a) Die Arbeitsverhältnisse in Gast- und Schankwirtschaften; b) der Unfallschutz bei der gewerblichen Erzeugung und Verwendung von elektrischem Strom.

Unterrichtskurs für leitende Sparkassenbeamte

Der Badische Sparkassen- und Giroverband hat am Montag in Mannheim den diesjährigen Unterrichtskurs für leitende Sparkassenbeamte eröffnet. Der Kurs dauert eine Woche und wird von etwa 60 Sparkassenleitern aus allen Teilen des badischen Landes besucht. Als Dozenten sind Lehrkräfte der Handelshochschule sowie im Sparkassen- und Verwaltungsdienst stehende Personen tätig. Neben Referaten, die speziell Gebiete aus der Sparkassenpraxis behandeln, werden dieses Jahr auch Vorträge gehalten, die sich mit besonders wichtigen, aktuellen Fragen finanz- und volkswirtschaftlicher Natur, wie beispielsweise das Transportproblem, die deutsche Zahlungsbilanz, die Wirtschaftslage und Rentabilität u. dgl. befassen.

Lohnbewegungen in Baden

In Lohnstreit in der Mannheimer Metallindustrie haben die Arbeitnehmerverbände den Schiedspruch der Schlichterkammer vom 28. März 1929 abgelehnt, während die Arbeitgeber dem Schiedspruch zugestimmt und Verbindlichklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt haben. Die Lohnverhandlungen in der Schmiedewarenindustrie ergebnislos. Am Montag wurden zwischen dem Arbeitgeberverband für Forzheim und Umgebung und den drei Metallarbeiterverbänden Lohnverhandlungen gepflogen, die ergebnislos verlaufen sind. Die Anrufung des Schlichtungsausschusses ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

Zum Fall Kiefer

Der Zusammenbruch der Kiefferschen Gründungen

Aus Rehl wird berichtet: Die Gerüchte über Kieffers unnatürlichen Tod sollten endlich zum Verstummen kommen. Kiefer starb am 26. Februar 1929 an den Nachwirkungen einer Grippe, in deren Folge sich Gelenkrheumatisismus und eine Sepsis auf der linken Brustseite eingestellt hatte. Schon Mitte Februar erklärten die Ärzte seinen Zustand für hoffnungslos.

Als hauptsächlichste Gläubiger figurieren mit etwa 1,9 Millionen die Kiefferschen Gesellschaften, nämlich die Badische Obst- und Weinbrennerei A.-G., Agern, S. H. Korf, und die Badische Tabakbau- und Verwertungs-A.-G., Korf, die beide inzwischen in Konkurs geraten sind, sowie Banken und private Gläubiger mit circa 1,8 Millionen Reichsmark.

Nach Bekanntwerden dieser Sachlage zogen die Erben es vor, die Erbschaft nicht anzutreten, und es wurde, wie bereits bekannt, über den Nachlaß Kieffers am 3. April der Konkurs eröffnet. Mit einer wesentlichen Quote ist wohl kaum zu rechnen, da die Aktiven kaum einige hunderttausend Reichsmark übersteigen dürften. Die Erben behalten sich lediglich vor, nach eigenem Gutdünken die Kiefferschen und einige private Gläubiger zu befriedigen.

Die nachträgliche Weigerung der Erben, für die Gesamtverbindlichkeiten Kieffers aufzukommen, wurde bekanntlich auch der Bank Georg Scheer, Rehl, und deren Inhaber, Herrn Georg Scheer, zum Verhängnis. In der Insolation dürfte Kiefer nicht zu Schaden gekommen sein. Seine Devisenkäufe, zu denen er als Ausländer die Möglichkeit hatte — denn er besaß tatsächlich die französische Staatsangehörigkeit — dürften ihm ansehnliche Gewinne eingebracht haben. In den Jahren 1926 und 1927 soll er durch glückliche Börsenoperationen einige Millionen Reichsmark gewonnen haben.

Kiefer war ein Spieler. Seine Verluste in Monte Carlo sollen gelegentlich nicht gering gewesen sein. Über zu seinem Verhängnis wurde im Sommer 1928 die Bekanntschaft mit einem Mann, der im Kuffler-Prozess von sich reden machte und der ihn in einen Spielzettel in Paris einführte. Kiefer war dort ein häufiger Gast und soll dort phantastische Summen verloren haben.

Auch nach Karlsruhe gingen die Kiefferschen Unternehmungen. In einem großen Teil der sogenannten Patronenfabrik (Berlin-Karlsruher Industriewerke) war ein gewaltiges Tabaklager untergebracht. Das Gebäude war von der Tabakbau- und Verwertungs-A.-G. gemietet und darin wurde der Gärungsprozess vollzogen, um den Tabak als Halbfabrikat weiterverkaufen zu können.

Gemeinderundschau

Der Bürgerschaftsausschuß genehmigte die Gemeindefinanzlage. Eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahre trat nicht ein. Zur Verbesserung der Wasserversorgung wurde ein Kredit von 77.000 M. bewilligt; ebenso ein Kredit von 80.000 M. für laufende Wirtschaftsausgaben. Die Vergabe verbilligter städtischer Baulandparzellen wurde neu geregelt. Die Darlehen werden in Zukunft von der städtischen Sparkasse gegeben, welche sie zugunsten der Stadt billiger beschaffen kann. Bis jetzt wurden mit Hilfe dieser städtischen Darlehen 60 Wohnungen geschaffen.

Der neue Haushaltsplan von Gengenbach für 1929 wurde vom Bürgerschaftsausschuß einstimmig genehmigt. Der allgemeinen Forderung der Zeit nach Sparfahrigkeit ist weitgehend Rechnung getragen. Der Umlagefuß konnte gegenüber dem Vorjahre etwas erniedrigt werden. Der Steuerfuß beträgt 270 Prozent der Steuergrundbeträge. Es soll erhoben werden: 1,08 Reichsmark vom Grundvermögen, 0,43 Reichsmark vom Betriebsvermögen und 8,10 Reichsmark vom Gewerbesteuerbeitrag. Die Gemeindefinanzlage wurde nach modernen Grundsätzen umgestaltet und eingerichtet.

Der Bürgerschaftsausschuß Achern hat die Vorlage betreffend die Gasfernversorgung durch die Stadt Offenburg nach eingehender Aussprache zurückgestellt. In letzter Stunde hat die Stadt Bühl der Stadt Achern einen neuen Vorschlag unterbreitet, der darauf hinausläuft, die Stadt Achern an dem Betrag hälftig zu beteiligen, der über die derzeitige Rechnungsumme von 20.000 Reichsmark hinausgeht. In der Aussprache wurde von mehreren Rednern am Offenburg Vertragsschluss Kritik geübt. Die Bedürfnisfrage wurde allseits bejaht. Von 519 Wählern haben sich über 400 für die Gasfernversorgung ausgesprochen. In 14 Tagen soll die Angelegenheit nochmals zur Beratung kommen.

Übernahme der Kurverwaltung Schönwald. In der Handhabung der Verkehrs- und Kurfragen ist in Schönwald mit Beginn des April ein grundlegender Vorgang zu verzeichnen, indem die Kurverwaltung in die Verwaltung der Gemeinde übergeht. Der bisherige Kur- und Verkehrsverein hat sich aufgelöst und seine Bestände der Gemeinde übergeben. In welcher Form die Belange weitergeführt werden, untersteht noch der weiteren Entwicklung.

Ausbau der Albstalstraße in Südschwarzwald. Die 20 Kilometer lange Straße durch das romantische Tal im Südschwarzwald von St. Blasien gegen den Obersee hin abwärts ist für den allgemeinen Verkehr zugelassen, nachdem sie wegen ihrer geringen Breite bisher nur für das Postauto offen war. Es wird nunmehr, um dem gesteigerten Verkehr zu entsprechen, eine Verbreiterung durchgeführt, die infolge der Felsprengungen vor allem zwischen Tiefenstein und Höfels nicht einfach ist. Die Sprengungen werden ohne allgemeine Sperrung durchgeführt und ohne daß der Verkehr behindert wird. Die Arbeiten werden längere Zeit beanspruchen und etwa Ende April beendet sein.

Die Verkehrsverhältnisse auf dem Hohenwald. Auf Veranlassung des Bürgermeisters Mürg (bei Säckingen) fand eine Besprechung der interessierten Kreise des Hohenwalds über eine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Hohenwald statt, in der eine Kommission eingesetzt wurde, welche die Gründung eines Verkehrsvereins des Hohenwalds vorbereiten soll. Von diesem Verkehrsverband vertritt man sich für die Vorklage des Hohenwalds eine wesentliche Verbesserung, wenn es diesem gelingen sollte, in verstärktem Maße Fremde nach dem Hohenwald heranzuziehen.

Aus der Landeshauptstadt

Badische Lichtspiele — Kongertshaus. Daß der Kulturfilm für die Masse eines Unternehmens nicht das Allheilmittel bedeutet, wird die Leitung der Badischen Lichtspiele schon in Erfahrung gebracht haben. Der gute Griff mit dem Filmwerk „Ein Walzertraum“ ist aber geeignet, hier wieder ausgleichend zu wirken. Obwohl das schöne Filmwerk bereits in einem hiesigen Lichtspielhaus aufgeführt wurde, so ist die Anziehungskraft noch stark. Das beweist der sehr gute Besuch des Kongertshaus. Der Film lehnt sich inhaltlich an die bekannte Operette „Ein Walzertraum“ von Joh. Strauß an. Mit einer prächtigen Ausstattung und anderen filmtechnischen Mitteln ist der Film in der Lage, die Handlung nach seiner Weise zu gestalten. Eine besondere Wirkung erhält der Film durch die ausgezeichnete Darstellung der Spielfiguren. Sehr gut paßt sich die musikalische Begleitung allen Bildern an. Dem Besucher bietet sich somit eine köstliche Unterhaltung. — Die Opel-Wochenplan bringt neben interessanten Aufnahmen noch einen Beifilm aus der Schule über Dressur von Hunden für die Polizei und für Blinde.

Zirkus Krone in Annarich. Das Karlsruher Gastspiel des Zirkus Krone steht nun kurz bevor. Bereits in der Nacht zum Samstag dieser Woche werden die ersten Züge eintreffen, die das riesenartige Material befördern. Neben dem eigentlichen Zirkusunternehmen wird auch die gesamte Tiergärtnerei, der „Rollende Krone-Zoo“, hier aufgestellt, die mit ihren über 800 Tieren das weitestgehende Unternehmen dieser Art auf der Welt darstellt. Welche Bedeutung ihm beizumessen ist, geht allein daraus hervor, daß im letzten Herbst in der Landeshauptstadt der Rekordbesuch von 60.000 Menschen gebucht werden konnte. Daneben aber sind fast ausschließlich Artisten von großem Ruf bei dem Zirkus tätig. Seit seinem letzten Hiersein hat Krone's Unternehmen sowohl rein äußerlich als auch in seinen Darbietungen noch eine wesentliche Steigerung erfahren. Der Titel „Größte Schaustellung Europas“ verpflichtet. Das Gastspiel ist diesmal nur auf wenige Tage beschränkt, da die weiteren Reiseabsichten bereits seit Monaten festliegen. Da der Andrang zweifellos ein sehr starker sein wird, dürfte es sich empfehlen, rechtzeitig die Eintrittskarten in den Vorverkaufsstellen zu besorgen, die in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden. Sonderzüge und Sonderomnibusse nach allen Richtungen werden es auch der Bevölkerung aus der weiteren Umgebung ermöglichen, die Vorstellungen zu besuchen und abends wieder heimzukommen. Das Eintreffen der Sonderzüge, dem der Aufbau des Zirkusunternehmens mit all seinen interessanten Einzelheiten unmittelbar folgen wird, wird noch bekannt gegeben werden, damit die Bevölkerung Gelegenheit hat, auch diesem Schauspiel beizuwohnen.

Milchpantier. Im Monat März wurden 2900 Kannen Milch gepreßt und 264 Proben zur Untersuchung erhoben. Von diesen Proben wurden beanstandet: 14 als gewässert, ebenso viele als schmutzig, 4 als fettarm und 7 als entrahmt. Sämtliche Beanstandungen fallen den Produzenten von auswärts zur Last. Die Wässerung betrug zwischen 5 und 28 Prozent.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Das Eindringen milderer ozeanischer Luft hat bei uns bereits zu leichter Erwärmung geführt, so daß gestern die Temperaturen in der Ebene bis auf etwa 13 Grad gestiegen sind. Aber England strömen weitere Luftmassen vom Ozean heran, so daß es bei uns mild bleiben wird. Infolge der eingetretenen Auflockerung steht außerdem unter Tags noch Erwärmung durch Einstrahlung in Aussicht. Weiterausblick: Fortdauer des bestehenden Witterungscharakters.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. G. Geibelberg, 8. April. In der vergangenen Nacht starb in der hiesigen medizinischen Klinik im Alter von 75 Jahren General der Artillerie a. D. Ludwig von Lauter, dem im Weltkrieg die gesamte schwere Artillerie des deutschen Heeres unterstand. Der Verstorbene, der in Karlsruhe wohnte, hat eine glänzende militärische Laufbahn hinter sich, die im Jahre 1871 mit seinem Eintritt als Fähnrich in das Heer begonnen hatte. Er ordnete u. a. die Aufstellung und Verwendung der 42-cm-Ganbigen, der österreichischen Rotomöser und der weittragenden Ferngeschütze an.

W. G. Geibelberg bei Lahr, 8. April. Im Rathsaal in Lahr fand am Samstagmittag die feierliche Aberkennung der Ehrenbürgerurkunde an Obermer Sekretär Dr. Gustav Bins statt, die ihm anlässlich seines 80. Geburtstages am 9. Februar d. J. verliehen worden war. In Anwesenheit einer Reihe von Ehrengästen würdigte Bürgermeister Schott die Verdienste des neuen Ehrenbürgers um seine Vaterstadt und überreichte im Namen der Stadt Lahr die Ehrenbürgerurkunde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. April	8. April
Amsterdam 100 G.	169.04	169.39
Kopenhagen 100 Kr.	112.33	112.54
Italien 100 L.	22.04	22.08
London 100 £.	20.449	20.489
New York 100 \$.	4.2125	4.2205
Paris 100 Fr.	16.46	16.50
Schweiz 100 Fr.	81.095	81.255
Wien 100 Schilling	59.31	59.22
Prag 100 Kr.	12.468	12.488

Generalversammlung Brown & Boveri, Mannheim. In der Generalversammlung, die am Montag in Mannheim stattfand, war ein Aktienkapital von 19.839.020 M. von insgesamt 25 Millionen vertreten. Der Antrag der Verwaltung wurde einstimmig genehmigt, vertragsgemäß aus einem Reingewinn von 1.962.631 M. eine Dividende von 9 Proz. auf die alten Stammaktien und von 8 Proz. p. r. t. auf die neuen Stammaktien verteilt und auf neue Rechnung vorgezogen 51.420 M. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden Generalkonsul Rudolf Ziegler in Sa. Bauhaus Wendelssohn & Co., Berlin, und Bankdirektor Leo Scheibner, Vorstand der Reichskredit A.-G., Berlin.

Die Adolf Speck A.-G., Karlsruhe, erzielte im Geschäftsjahr 1928 einen Reingewinn von 672.478 Reichsmark. Die Umsätze betrugen 622.670, die Abschreibungen 15.608 Reichsmark, so daß ein Reingewinn von 37.192 Reichsmark, einschließlich 3191 Reichsmark Abschreibungen, verbleibt. Daraus sollen 10 Prozent Dividende auf das Aktienkapital von 300.000 Reichsmark gezahlt, 3000 Reichsmark dem Reservefonds und der Rest von 4192 Reichsmark dem Vortrag überwiesen werden. Auch im neuen Geschäftsjahr sei der Geschäftsgang bis jetzt sehr befriedigend gewesen.

Die Sparanlagen im Reich erhöhten sich im Februar von 7413 Mill. Reichsmark um 239 (i. B. um 233) Mill. auf 7652 Mill. Dieser Zuwachs bleibt hinter dem des Januar (425 Mill. Reichsmark) mit seinen beträchtlichen Zinszuschüssen naturgemäß erheblich zurück, hält sich aber mindestens auf dem Niveau der letzten Monate des Vorjahres.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Aktienabgabe in Forzheim.

Die Berechtigung zum Betriebe der Aktienabgabe in Forzheim, die durch den Tod des Inhabers erledigt ist, wird zur Verwertung ausgeschrieben.

Bewerbungsgesuche sind unter Beifügung folgendes Nachweise (geheftet) hierher einzureichen:

1. Lebenslauf mit Angabe der Familienverhältnisse,
2. Geburtszeugnis,
3. Staatsangehörigkeitsausweis,
4. Approbationsurkunde,
5. Bescheinigungen über den etwa geleisteten Militärdienst,
6. Amtliche bestätigte Zeugnisse über die Beschäftigung seit Erlangung der Approbation,
7. Polizeiliche Führungszeugnisse für den gleichen Zeitraum,
8. Zeugnisse über etwaige besondere Leistungen oder wissenschaftliche Fortbildung,
9. Nachweis über den Besitz der vorausichtlich erforderlichen Geldmittel.

Die Bewerbungsfrist läuft mit dem 6. Mai 1929 ab.

Karlsruhe, den 5. April 1929.

Der Minister des Innern
F. B. Hörenbach.

Wir suchen einen im Gemeindefinanzwesen vollständig ausgebildeten und sicheren

Rassenbeamten

Beschäftigung zunächst ausleihweise auf einige Monate. Dauernde Anstellung später nicht ausgeschlossen. Soffortiger Eintritt erwünscht. 452

Mülheim i. B., den 2. April 1929.

Stadtgemeinde.

Knopf's alljährliche April-Ausnahmeangebote

sind das große Verkaufereignis des Frühjahrs. Sorgfältigste Vorbereitung, günstige Einkäufe bei weitgehender Unterstützung durch unsere Fabrikanten, besonders durch Bereitstellung

TAUSENDER VON FABRIKRESTEN

ergeben die außerordentlichen VORTEILE dieses Verkaufs

465

Hausfrauen — die lang erwartete Gelegenheit ist da!

GESCHW. KNOPF KARLSRUHE

Die neuesten

Damenstoffe

in

Seide * Wolle * Baumwolle

Sämtliche Neuheiten der Saison in staunen-
erregender Menge und Preiswürdigkeit

Leipheimer & Mende

466

Namens der Schluchseewerk A.-G. in Freiburg i. Br. schreibt die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. W. Rahmeyer & Co., (G. A. G.), Zweigniederlassung Freiburg i. Br. die Arbeiten für die Herstellung der

Schluchseesperre

zum öffentlichen Wettbewerb aus.

Die Tiefbauarbeiten für die Herstellung der Schluchseesperre umfassen

rund 45 000 cbm Erd- und Felsaushub
rund 78 000 cbm Betonmauerwerk

Die Bedingungenunterlagen können zum Preise von 50 RM von der G. A. G. Zweigniederlassung Freiburg i. Br., Rempartstraße 16, ab Donnerstag, den 11. April 1929 bezogen werden. Bieter, die unbeschränkte Ausführungsunterlagen zurückgeben, erhalten 30 RM zurückvergütet.

Die Bieter sind verpflichtet die Baustelle vor Angebotsabgabe zu besichtigen. Bezüglich etwa noch gewünschter Auskünfte und Erläuterungen haben sich die Bieter an die G. A. G., Zweigniederlassung Freiburg i. Br. zu wenden. Die Angebote sind bis zum 27. April 1929 mit der Aufschrift „Schluchseesperre“ verschlossen, post- und bestellgeldfrei, an die G. A. G. Zweigniederlassung Freiburg i. Br., Rempartstraße 16 einzufenden. Später eingehende Angebote werden nicht mehr berücksichtigt. Eine öffentliche Verhandlung findet nicht statt. Die Zuschlagsfrist beträgt 6 Wochen nach dem Schlusstermin für die Angebotsabgabe. Die Bieter bleiben bis zu diesem Zeitpunkt an ihre Angebote gebunden. Die Angebotsunterlagen können außer bei der G. A. G. in Freiburg i. Br. auch bei deren Bauabteilung in Seebrugg während der Dienststunden eingesehen werden.

Freiburg i. Br., den 2. April 1929.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft
vorm. W. Rahmeyer & Co., Frankfurt a. M.
Zweigniederlassung: Freiburg i. Br.



Badisches Landestheater

Mittwoch, 10. April

*G 22 Th.-Sem. 1-150

Die große Gebarmmentunft

Komödie von Walter

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Ermarth, Genter, Diller, Borfeldt, Brand, Dahlen, Gemmede, Graf, Herz, Just, Kiencher, Klobbe, Rehner, Müller, Schulze, v. d. Trend, Jakob, Reinath, Kubue, Luther, Wiechel

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise A (0,70-5,00 RM)

Do., 11. April, Hans Heiling

Fr., 12. April, Mona Lisa

Sa., 13. April, zum erstenmal: Sautala

So., 14. April, nachmittags: Nathan der Weise

abends: Der Wildschütz

Im Konzerthaus:

Der Prozess Mary Dugan

Mo., 15. April, Salustius

Di., 16. April, Gastspiel

Robert Buz: Martha, oder der Markt zu Richmond

Welche Stadt- (Gemeinde-) kasse sucht für sofort oder später einen strebsamen, jungen

Gehilfen

mit guten Kenntnissen im Gemeinberechnungswesen? Angebote unter Z. 446 an die Expedition der Karlsruher Zeitung

Karlsruhe. D. 816

Güterrechtsregisteramt

träge:

1. Zu Band I Seite 217: Karlsruher-Tagelunden und Theresie geb. Hop. Vertrag vom 25. März 1929. Gütertrennung. 27. III. 1929. Amtsgericht Karlsruhe.

KARLSRUHE

Krone gastiert vom

13.-18. April

auf dem

MESSPLATZ

Nicht eine Minute länger!

Es finden insgesamt nur

8 Vorstellungen

sieht und zwar:

Samstag, 13. IV.: 8 Uhr abends
Sonntag, 14. IV.: 3 Uhr nachm. (halbe Preise f. Kinder)
" 14. IV.: 8 Uhr abends
Montag, 15. IV.: 8 Uhr abends
Dienstag, 16. IV.: 8 Uhr abends
Mittwoch, 17. IV.: 3 Uhr nachm. (halbe Preise f. Kinder)
" 17. IV.: 8 Uhr abends
Donnerstag, 18. IV.: 3 Uhr nachm. (halbe Preise f. Kinder)

Der

KRONE-ZOO

ist an allen Tagen von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Erwachsene 1 RM., Kinder 0,50 RM., Schulen Ermäßigung.

*

Der Vorverkauf

wird eröffnet im Warenhaus Geschwister Knopf, Karlsruhe

KRONE

Europas und dervieralten Weltengrößter Zirkus und größtes Schauunternehmen